

Politisches Handeln verträgt kein Amen

Zur Frage der Einmischung kirchlicher Amtsträger und Gremien — Von Walter Schmithals

Professor Dr. Walter Schmithals, Inhaber des Lehrstuhls für Neues Testament an der Kirchlichen Hochschule Berlin, hat kürzlich die hier aufgeworfene Frage vor der Synode des Kirchenkreises Zehlendorf beantwortet. Wir veröffentlichen den Text im Wortlaut.

Seit Jahrzehnten verfolge ich die Bemühungen kirchlicher Gremien aller Art, sich zu politischen Tagesfragen zu äußern. Pünktlich zu den jeweiligen Tagungen und Sitzungen liegen Anträge vor, die sich auf jeweils aktuelle, gerade in der öffentlichen Diskussion befindliche politische Probleme beziehen und für eine bestimmte politische Option plädieren. Man pflegt mit viel Zeit, Aufwand und Eifer um diese Anträge in Ausschüssen und Plenum zu streiten. Man sucht nach Formulierungen, die eine möglichst große Zustimmung ermöglichen. Wird die Vorlage schließlich angenommen, verschwindet der entsprechende Beschluß in der Regel im Protokoll. Vielleicht berichtet der Evangelische Pressedienst darüber, doch nehmen die Tageszeitungen davon kaum Notiz, und irgendeine politische Wirkung pflegen solche Beschlüsse nicht zu haben. Das ist kein Wunder. Wenn ein kirchliches Gremium sich eines politischen Themas annimmt, steht dies längst auf der öffentlichen Tagesordnung. Alle Argumente wurden bereits ausführlich ausgetauscht, jeder konnte sich sachkundig machen und hat sich seine Meinung gebildet. Neues erfährt man von den Antragstellern nicht, die ihre Argumente vielmehr vortragen, indem sie fleißig Zeitungsausschnitte zitieren. Manchmal sind die Probleme schon überholt, wenn sie die kirchlichen Gremien erreichen. Von konkretem Evangelium ist wenig zu spüren, viel dagegen von einer nur schwer durchschaubaren Selbstbefriedigung, einem mechanischen Ritual. Das Ergebnis wird von der Öffentlichkeit mit Recht politisch nicht allzu ernst genommen.

Ständiger Konflikt der Werte

Natürlich handelt es sich bei den von kirchlichen Gremien aufgegriffenen Tagesfragen meist um solche von moralischem Gewicht. Aber was moralisch ist, versteht sich auch in der Politik immer noch selbst und ist im Prinzip unumstritten. Jedermann in unserem Land will Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Erhaltung der Schöpfung, Bewahrung der Menschenrechte

usw. Umstritten ist, wie — auf welchem politischen Weg — diese moralischen Werte in der jeweiligen Situation am besten gewonnen, gesichert und — im ständigen Konflikt der Werte — gegeneinander abgewogen werden sollen. Dieses „Wie“ läßt sich aber nicht vom christlichen Evangelium her auffinden, sondern kann nur in gründlicher und gewissenhafter Analyse der jeweiligen politischen Gegebenheiten und der möglichen Folgen der zu treffenden Entscheidung erlassen werden, weshalb verantwortliches politisches Handeln zwar nie beliebig erfolgt, aber auch nie der Gefahr des Irrtums entnommen ist und anders als das Wort des Evangeliums kein Amen („Das ist gewißlich wahr“) verträgt. Theologische oder bekenntnistheoretische Begründungen konkreter politischer Entscheidungen sind darum stets vorgeschoben oder aufgesetzt. Sie verraten entweder ein Mißverständnis des Theologischen oder des Politischen oder sie mißverstehen beides.

Anders als im Unrechtsstaat

Wenn in der Nachkriegszeit die Neigung zu öffentlichen politischen Äußerungen von kirchlichen Gremien und Amtsträgern spürbar zugenommen hat, so daß bis in ihre eigenen Medien hinein die Kirche im wesentlichen als eine politisch-moralische Anstalt erscheint, so nicht nur deshalb, weil auch kirchliche Gremien in einer Demokratie nicht kurz gehalten werden können und sollen, sondern auch deshalb, weil die Kirche sich Selbstvorwürfe im Blick auf die Entwicklung in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft macht. Hätte die Kirche nicht durch rechtzeitige deutliche Stellungnahme diese Entwicklung verhindern können? Selbst wenn man diese Frage bejahen wollte, was freilich eine erhebliche Selbstüberschätzung der politischen Einflußmöglichkeiten kirchlicher Verlautbarungen überhaupt und insonderheit in einer Diktatur voraussetzte, so kann doch die Situation in einem totalitären Unrechtsstaat nicht den Maßstab für das Verhalten der Kirche in einem demokratischen Rechtsstaat abgeben. In jenem möchte die Kirche die einzige freie Stimme sein, die sich für die zum Verstummen gebrachten Menschen stellvertretend erhebt, wie es heute in unterschiedlicher Weise in Staaten des Ostblocks, in Südafrika und andernorts der Fall ist, und im Blick auf eine

Situation, in welcher der Staat, in Totalitarismus oder Anarchie entartend, seine Aufgabe „hemungslos verleugnet“, hat Dietrich Bonhoeffer es 1933 sogar für möglich gehalten, daß die Kirche sich stellvertretend in dem ihr wesensfremden politischen Amt selbst engagiert.

Blick in die Geschichte

In einem funktionierenden demokratischen Staatswesen, in dem jeder seine politische Verantwortung wahrnehmen kann, ist eine solche Situation indessen nicht gegeben. In einem solchen Staat sagen die kirchlichen Amtsträger und Gremien nur, was viele andere längst vorher gesagt haben und was jeder frei sagen kann. Ihre Stimme ist eine unter vielen, die zudem nur selten mit herausragendem Sachverstand gesegnet ist — dieser Segen ist auch weder den Bischöfen noch den Kirchenleitungen und Synoden verheißen —, und sie gehört in den alltäglichen politischen Meinungsstreit hinein. Es ist zu bezweifeln, daß die Kirche gut daran tut, sich durch ihre Amtsträger und Gremien ständig in diesen Streit zu begeben und sich der „Welt“ gleichzustellen, zumal auch der Blick in die Geschichte nicht nur das erzwungene Schweigen nach 1933, sondern nicht weniger auch das freiwillige Reden vor 1933 in den Blick rückt. Aus fast allen Lagern der Evangelischen Kirche wurde vor 1933 aus vermeintlich sittlicher Verantwortung mehr oder weniger lautstark gegen den demokratischen Staat und seine frei gewählten Repräsentanten agiert und so die Diktatur Hitlers mit herbeigeführt. Hätte man vor 1933 nicht im Namen einer höheren Moral durch politisierende Theologie den demokratischen Staat bekämpft, hätte man sich nach 1933 nicht durch Schweigen schuldig zu machen brauchen. Leider verraten manche politischen Äußerungen kirchlicher Gremien und Amtsträger auch heute wieder (oder noch) eine mit dem Anspruch höheren Wissens ergehende Mißachtung der sich demokratisch vollziehenden Entscheidungsfindung im politischen Raum.

Was zur Abwendung führen kann

Statt die Christen zur Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung, also zu „guten Werken“, zu befreien und zu ermutigen, wie es Aufgabe des kirchlichen Amtes ist, entmün-

gen die mit dem Siegel kirchlicher Autorität versehenen politischen Verlautbarungen die Christen und machen sie tendenziell unfähig zu gewissenhaftem politischen Handeln in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich.

Statt der wohlbegründeten kirchlichen Ordnung zu folgen, dergemäß die Inhaber kirchlicher Ämter sich auch in privaten politischen Äußerungen zurückhalten sollen, weil ihr Amt sie an jedes Glied der Gemeinde unbeschadet seiner politischen Auffassung weist, mißbrauchen viele Amtsträger und Gremien sogar ihr Amt zur Stellungnahme in politischen Ermessensfragen, was bei den jeweils politisch Andersdenkenden zur Abwendung von der Kirche überhaupt führen kann.

Statt den Gliedern der Gemeinde durch die Botschaft von der Vergebung die Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung in der noch unerlösten Welt zu ermöglichen, stellen die meist anonymen kirchlichen Gremien mit der Autorität ihres Amtes Forderungen an die politischen Entscheidungsträger, ohne selbst für die Folgen der von anderen zu vollziehenden Entscheidungen eintreten zu müssen — ein unmoralisches Verfahren zumal für ein kirchliches Amt, bei dem Rat und Tat, Wort und Wahrheit, Hören und Gehorchen untrennbar sein müßten.

Statt ihre moralische Autorität für Situationen aufzubauen und zu bewahren, in denen eine fundamentale Krise der staatlichen Ordnung den Einsatz solcher Autorität um der Liebe willen geboten sein läßt, hat die Kirche diese ihre Autorität bei uns längst verspielt, weil sie ihre politische Stimme zu einer unter vielen gleich belanglosen Stimmen im täglichen politischen Meinungskampf gemacht hat und noch macht.

Vergebung statt Bevormundung

Vor allem aber verdunkelt die Kirche mit ihrem ständigen Übergreifen in das „Regiment Gottes zur linken Hand“ ihren eigentlichen Auftrag. Dieser liegt nicht in dem, was alle können und wissen und sagen, sondern in dem, was sonst niemand kann und weiß und zu sagen vermag. Nicht die menschlichen Werke sind ihr Metier, sondern die göttliche Gnade und insofern die menschliche Unvollkommenheit, das menschliche Versagen, die menschliche Schuld. Nicht menschliches Wissen und Können, sondern das Nichtwissen und die Ohnmacht des Menschen, nicht vergängliches Stückwerk, sondern das Vollkommene sind ihr

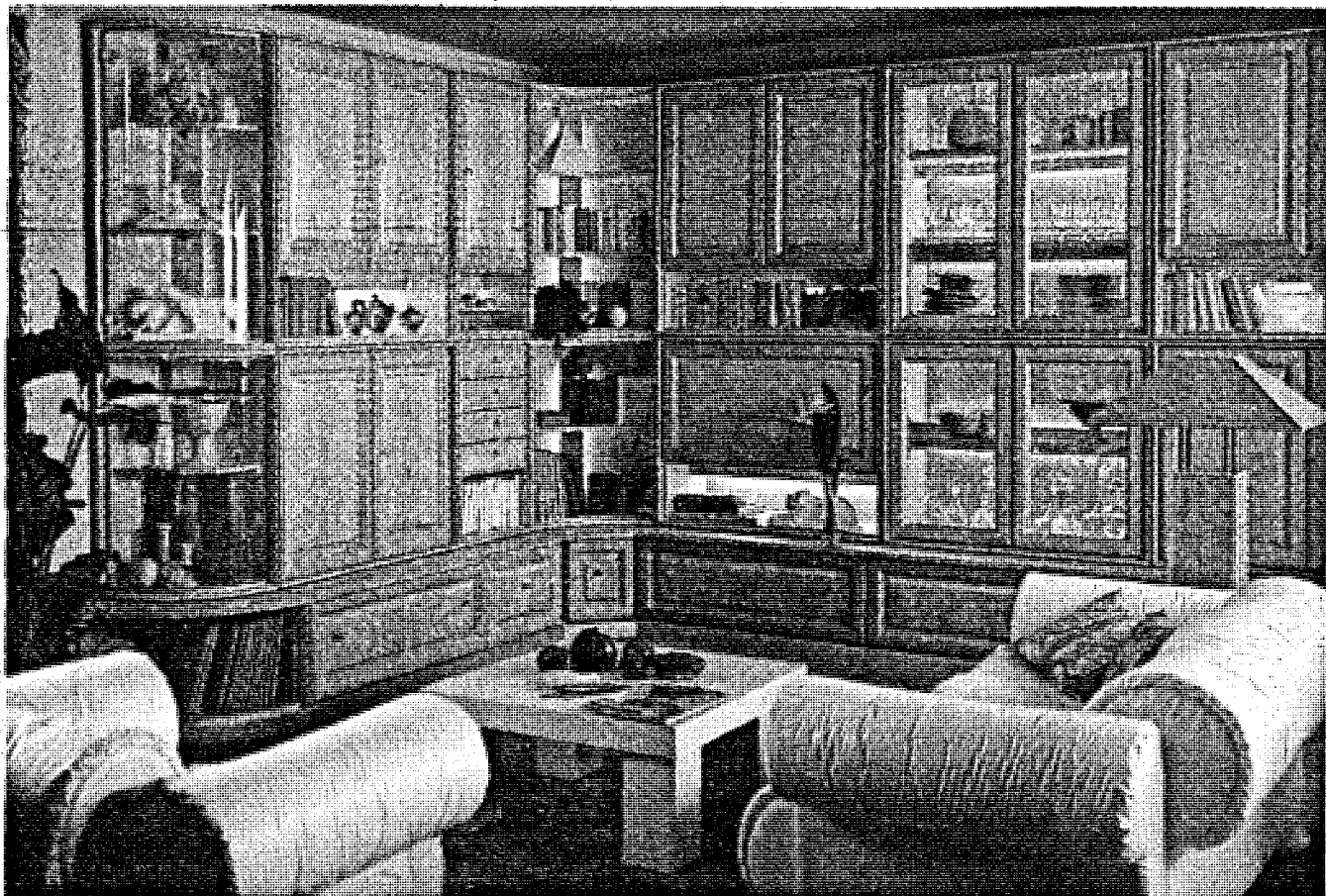
anbefohlen. Die Kirche, wie sie nicht ohne ihre Schuld in den Medien erscheint, ist für unsere Gesellschaft nicht nur so überflüssig wie ein Kropf, sondern sie steht sich mit diesem Bild auch selbst im Wege. Denn die Menschen in unserer Gesellschaft brauchen zur Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung nichts nötiger als das, was die Kirche, die ihren Auftrag recht versteht, und nur sie ihnen zu geben vermag: nicht Bevormundung, sondern das Wort der Vergebung.

Ich bemühe mich deshalb stets darum, in Wahrnehmung meines Lehr- und Predigtamtes die Christen zur Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung zu befreien und zu ermutigen, versage es mir aber, sie zu entmündigen und ihnen meine eigenen politischen Meinungen — geschweige denn als die christlich verbindlichen — vorzulegen. Ich halte mich im Gegenteil, wie es mein Amt verlangt, in der Öffentlichkeit auch mit privaten politischen Meinungsäußerungen zurück. Dementsprechend enthalte ich mich auch prinzipiell der Stimme, wenn mir zugemutet wird, in Wahrnehmung meines kirchlichen Amtes — etwa als Synodaler — andern Christen, politischen Entscheidungsträgern oder den Bürgern überhaupt politische Ratschläge zu erteilen oder gar das Gewissen bindende Forderungen vorzulegen, und zwar gleichgültig, ob solche Ratschläge und Forderungen meiner eigenen politischen Überzeugung entsprechen oder nicht. Diese gewissenhaften Überzeugungen habe ich als Christ und Bürger, nicht als Prediger des Evangeliums.

Achtung des Gewissens

Nur auf diese Weise meine ich, dem mir übertragenen Amt gerecht zu werden und den Weg zu angemessener Wahrnehmung politischer Verantwortung durch die Glieder der christlichen Gemeinden offenzuhalten bzw. zu öffnen. Denn die Predigt des Evangeliums achtet um der politischen Verantwortlichkeit willen das Gewissen des Nächsten, vergewaltigt es aber nicht, wie es politische Kundgebungen des kirchlichen Amtes tun. „Wer bist du, daß du einen fremden Knecht bevormundest? Er steht oder fällt mit seinem Herrn. Er wird aber stehen bleiben; denn der Herr kann ihn wohl aufrecht halten... So wird nun ein jeglicher für sich selbst Gott Rechenschaft geben. Darum laßt uns nicht mehr einer den anderen richten, sondern richtet vielmehr darauf euren Sinn, daß niemand seinem Bruder einen Anstoß oder Ärgernis bereite“ (Röm 14,4.12f).

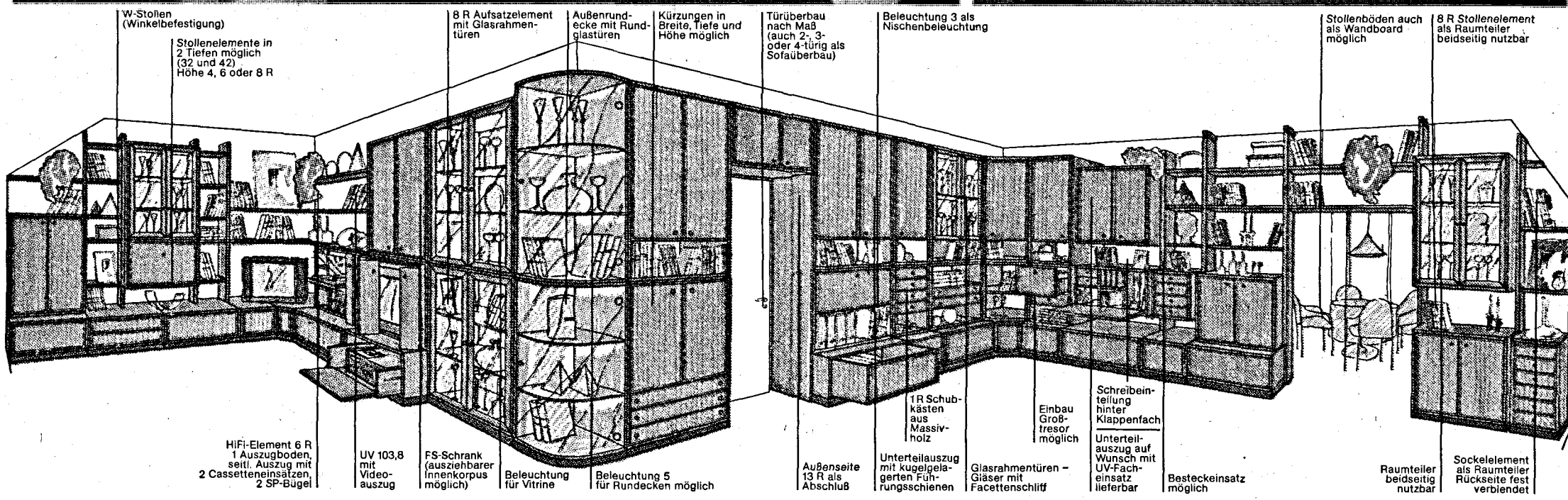
Maßarbeit für Ihre Wohnung



Sie stellen hohe Ansprüche!

Mit unseren Anbausystemen erfüllen wir fast jeden Einrichtungswunsch. Wählen Sie unter den verschiedenen Edelholzausführungen wie Kirschbaum, französisch Nußbaum, Mahagoni, Eiche natur oder gebeizt usw. Die ausführliche Beratung (auf Wunsch auch zu Hause) erfolgt bei uns nur durch Spezialisten.

Von der Planung bis zur perfekten Montage - WIR KÜMMERN UNS UM ALLES!



möbel Tegeler Hits aus Britz!
in BRITZ · 47 · Tempelhofer Weg 91-99/Gradestraße

Bequemes Parken · Bus 25 und 73 · Telefon: 600 06 20 · Öffnungszeiten: 9-18.30, Sa. 9-14, langer Sa. 9-18